

An die Bewilligungsbehörde NLWKN-Direktion Standort Straße / Postfach PLZ, Ort:	Eingangsstempel Bewilligungsstelle 
	Nr. Posteingangsliste:



Registriernummer der Antragstellerin / des Antragstellers (am Ort der steuerlichen Festsetzung)									
Nation			BL	LK	Gemeinde		Betrieb		
2	7	6	0	3					

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung nach

- der Richtlinie zur Förderung von Vorhaben des Hochwasserschutzes im Binnenland
- den Fördergrundsätzen des GAK-Rahmenplans für den Förderbereich 7: Küstenschutz

Eingangsstempel Antragsannahme

Datum, Handzeichen

- Allgemeiner Teil I -

Antragsteller/in, Unternehmenssitz (Ort der steuerlichen Festsetzung bzw. niedersächsische/bremische Adresse)

Name / Bezeichnung:	
Vorname:	
Ortsteil:	
Straße und Hausnr.:	
Nation, PLZ, Ort:	, ,

Antragsteller/in (abweichende postalische Anschrift):

Name / Bezeichnung:	
Vorname:	
Ortsteil:	
Straße und Hausnr. oder Postfach:	
Nation, PLZ, Ort:	, ,

Stammdatenblatt

Titel (Angabe freiwillig):		Generation (Angabe freiwillig):	
Telefon:		Telefax:	
E-Mail:		Mobil:	
Zuständiges Finanzamt:			
IBAN:		BIC:	
Bank:			
Sofern abweichende/r Kontoinhaber/in (Bevollmächtigte/Bevollmächtigter): Vollmacht unter 1.3. muss vorliegen. Name/Bezeichnung (Bevollmächtigte/r):			
		Vorname (Bevollmächtigte/r):	
Angegebene Bankverbindung gilt für folgenden ELER-Code: Abweichende Bankverbindung für mit diesem Antrag beantragte Vorhaben: ggf. Kontoinhaber/in (sofern abweichend von oben); Vollmacht unter 1.3. muss vorliegen.			
Name/ Bezeichnung:		Vorname:	
IBAN:		BIC:	
Bank:			
Angegebene Bankverbindung gilt für folgenden ELER-Code:			

Registriernummer der Antragstellerin / des Antragstellers (am Ort der steuerlichen Festsetzung)										
Nation			BL		LK		Gemeinde		Betrieb	
2	7	6	0	3						

I.1. Allgemeine Angaben zur Antragstellerin / zum Antragsteller

1.1	Unternehmensform
1.1.1	<input type="checkbox"/> Einzelunternehmen / natürliche Person Geburtsdatum: _____ Geburtsort: _____ Geschlecht: <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich
1.1.2	Rechtsform der Antragstellerin / des Antragstellers <input type="checkbox"/> Sonstige Gebietskörperschaft <input type="checkbox"/> Körperschaft des öffentlichen Rechts <input type="checkbox"/> Eingetragener Verein (e.V.) <input type="checkbox"/> Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (GbR) Nähere Angaben sind unter Ziffer 1.2 zu machen <input type="checkbox"/> Limited (Ltd.) Nähere Angaben sind unter Ziffer 1.2 zu machen <input type="checkbox"/> Unternehmergeellschaft (UG) (haftungsbeschränkt) Nähere Angaben sind unter Ziffer 1.2 zu machen <input type="checkbox"/> GmbH <input type="checkbox"/> GmbH & Co. KG <input type="checkbox"/> Aktiengesellschaft (AG) <input type="checkbox"/> Eingetragene Genossenschaft (eG) <input type="checkbox"/> Offene Handelsgesellschaft (OHG) <input type="checkbox"/> Kommanditgesellschaft (KG) Eheleute (soweit keine GbR) Folgen nicht dem Zweck gemeinsam Vermögen aufzubauen, berufliche oder gewerbliche Tätigkeit auszuüben. Nähere Angaben sind unter Ziffer 1.2 zu machen. <input type="checkbox"/> Sonstige (z. B. Stiftung): _____ Gründungsdatum: <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Die von uns angegebene Rechtsform besteht ausschließlich aus juristischen Personen.
Hinweis:	
Bei der Rechtsform „Eheleute“ ist das Datum der Eheschließung zu wählen und im Feld Gründungsdatum einzutragen. Wenn Sie unter Ziffer 1.1.2 als Rechtsform "Gesellschaft des bürgerlichen Rechts", "Limited" oder „Unternehmergeellschaft (haftungsbeschränkt)“ oder "Eheleute" (soweit keine GbR vorliegt) angekreuzt haben und die Frage unter Ziffer 1.2.1 d) nach der "Gegenseitigen Vollmacht" mit "Ja" ankreuzen, ergibt sich für alle in der Tabelle unter Ziffer 1.2.2 angegebenen Gesellschafter/-innen bzw. Mitglieder die Vollmacht diesen Antrag allein zu unterschreiben soweit unter 1.2.2 die Unterschriften der angegebenen Gesellschafter/-innen bzw. Mitglieder oder Partner/-innen vorliegen.	
1.2	Zusatzangaben für Gesellschaften des bürgerlichen Rechts, Limited, UG (haftungsbeschränkt) und Eheleute
1.2.1	Erklärung zur Haftung und Vollmacht bei Gesellschaften des bürgerlichen Rechts, Limited und UG (haftungsbeschränkt) und der Rechtsform Eheleute Angaben sind erforderlich, wenn unter Ziffer 1.1.2 des Antrags als Rechtsform des landwirtschaftlichen Unternehmens Gesellschaft des bürgerlichen Rechts, Limited oder UG (haftungsbeschränkt) angekreuzt wurde bzw. die Rechtsform Eheleute gewählt wurde. a) Gesellschaft des bürgerlichen Rechts Durch meine Unterschrift unter Ziffer 1.2.2 erkläre ich mich damit einverstanden, dass ich als Gesellschafter/-in der GbR im Falle einer Rückforderung von zu Unrecht gezahlten Prämien und Beihilfen nicht nur im Rahmen der Gesellschaftereinlage, sondern auch mit meinem Privatvermögen gesamtschuldnerisch zur Haftung herangezogen werden kann. Dieses gilt auch im Falle der Auflösung der GbR. b) Limited bzw. UG (haftungsbeschränkt) Durch meine Unterschrift unter Ziffer 1.2.2 erkläre ich mich damit einverstanden, dass ich als Mitglied der Limited bzw. UG (haftungsbeschränkt) im Falle einer Rückforderung von zu Unrecht gezahlten Prämien und Beihilfen mit meinem Privatvermögen gesamtschuldnerisch zur Haftung herangezogen werden kann. Dieses gilt auch im Falle der Auflösung der Limited bzw. UG (haftungsbeschränkt). c) Rechtsform Eheleute Durch meine Unterschrift unter Ziffer 1.2.2 erkläre ich mich damit einverstanden, dass ich als Ehegatte bzw. Partner einer eheähnlichen Gemeinschaft im Falle einer Rückforderung von zu Unrecht gezahlten Prämien und Beihilfen mit meinem Privatvermögen gesamtschuldnerisch zur Haftung herangezogen werden kann. Dieses gilt auch im Falle der Auflösung meiner Ehe. d) Wurde eine gegenseitige Vollmacht erteilt? <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Unabhängig von bisher abgegebenen Erklärungen erteilen wir uns hiermit die gegenseitige Vollmacht, einzeln im Namen des unter Ziffer 1.2 aufgeführten Unternehmens die entsprechenden Anträge für den investiven Bereich stellen zu dürfen.

Registriernummer der Antragstellerin / des Antragstellers (am Ort der steuerlichen Festsetzung)												
Nation			BL		LK		Gemeinde			Betrieb		
2	7	6	0	3								

1.2.2 Die GbR, Ltd., UG (haftungsbeschränkt) bzw. Eheleute besteht aus folgenden Mitgliedern:
 Mit meiner Unterschrift erkläre ich mich mit der unter Ziffer 1.2.1 Buchstabe a), b) bzw. c) abgegebenen Erklärung einverstanden. Für den Fall, dass unter Buchstabe d) eine gegenseitige Vollmacht gewählt wurde, erkläre ich mich auch damit einverstanden.

Name Straße und HausNr	Vorname	Geburtsdatum PLZ	Ort	Geburtsort	Unterschrift

Weitere GbR-Gesellschafter/-innen bzw. weitere Ltd.- / UG-Mitglieder sind ggf. auf einem gesonderten Blatt aufzuführen.

1.3 Vollmacht / Vertretungsberechtigung

Wurde eine Vollmacht / Vertretungsberechtigung erteilt oder liegt eine gesetzliche Vertretungsberechtigung vor?
 Ja Nein

Bevollmächtigte/r bzw. Vertretungsberechtigte/r ist / sind:

Name/Bezeichnung	Vorname	Art*	gültig ab	gültig bis	Vollmacht liegt ... vor** bei**	
					<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
					<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
					<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Hinweise:
 * Bitte folgende Vollmachten eintragen: 1 = unbefristete Vollmacht, 2 = befristete Vollmacht, 3 = gesetzliche Vertretungsberechtigung.
 ** Es müssen pro Bevollmächtigte/r Name / Bezeichnung und Vorname sowie Angaben zur Art und Befristung der Vollmacht in den entsprechenden Feldern angegeben werden.
 Hierbei ist danach zu unterscheiden, ob der Bewilligungsstelle bereits eine Vollmacht vorliegt (bitte ankreuzen „Vollmacht liegt vor“) oder ob mit diesem Antrag die entsprechende Vollmacht erteilt wird (bitte ankreuzen „Vollmacht liegt bei“). Abweichende Angaben müssen korrigiert werden.

I.2. Ergänzende Angaben zum Unternehmen, weitere Registriernummern

Ja **Nein** Der Hauptsitz meines / unseres Betriebes befindet sich **außerhalb von Niedersachsen bzw. Bremen**. Ich habe / Wir haben eine Registriernummer erhalten, um in Niedersachsen bzw. Bremen an den investiven Förderprogrammen teilnehmen zu können.

Die für mei- nen / unse-	BL	LK	Gemeinde	Betrieb
2 7 6 0 3				

Ja **Nein** Ich beantrage / Wir beantragen auch Zahlungen in anderen EU-Mitgliedstaaten.

Registriernummer der Antragstellerin / des Antragstellers (am Ort der steuerlichen Festsetzung)											
Nation			BL		LK		Gemeinde		Betrieb		
2	7	6	0	3							

Zum Antrag gehören folgende Unterlagen:

- „Allgemeine Erklärungen der antragstellenden Person“
- „Erklärung zur Förderung der Umsatzsteuer“
- Merkblatt „Interessenkonflikte im Vergabeverfahren“
- Merkblatt zum vorzeitigen Vorhabenbeginn
- Merkblatt BMEL zu De-minimis Agrar
- Merkblatt BMEL zu De-minimis

- Fachlicher Teil des Antrags II -

II.1.1 Lage des Vorhabens

Das Vorhaben / das Projekt liegt in

- Niedersachsen**
- in der Übergangsregion (ÜR)¹ oder im übrigen Landesgebiet
- im Landkreis / kreisfreie Stadt Stadt/Gemeinde
- der Freien Hansestadt Bremen**

II.1.2 Bezeichnung des Vorhabens

Bezeichnung des Vorhabens (bitte aussagefähige Kurzbezeichnung wählen)

Vorhabentyp

- Bauvorhaben
- Planungen /Konzepte
- Pilotprojekt (nur im Hochwasserschutz)

II.2 Fördergegenstand

Hochwasserschutz:

Es wird nach Ziffer 2 der Förderrichtlinie beantragt:

- Neubau und Erweiterung von Hochwasserschutzanlagen (Nr. 2.1)
- Rückbau von Deichen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes (Nr. 2.2)
- Grundinstandsetzung vorhandener Schöpfwerke (Nr. 2.3)
- Konzeptionelle Vorarbeiten und Erhebungen sowie begleitende Vor- und Nacharbeiten (Nr. 2.4)
 - Planungen (Nr. 2.4.1)
 - Zweckforschungen (Nr. 2.4.2)
 - Einzelfalluntersuchungen (Nr. 2.4.3)
 - Erwerb von Grundstücken (Nr. 2.4.4)
 - Beratung von örtlichen Akteuren(Nr. 2.4.5)
 - Förderung von einzugsgebietsbezogenen Konzeptionen (Nr. 2.4.6)
-

Küstenschutz:

Es wird nach Nr. 1 der Fördergrundsätze „ Küstenschutz“ , die im Abschnitt I der Fördergrundsätze des GAK Rahmenplans aufgeführt sind, beantragt:

- Konzeptionelle Vorarbeiten und Erhebungen
- Neubau, Verstärkung und Erhöhung von Hochwasserschutzwerken
- Sperrwerke und sonstige Bauwerke in der Hochwasserschutzlinie
- Bühnen, Wellenbrecher und sonstige Einbauten in See
- Vorlandarbeiten vor Seedeichen
- Sandvorspülung und Uferschutzwerke

Das Vorhaben erfolgt in Zusammenarbeit mit anderen Kommunen

Eine entsprechende Vereinbarung, Absichtserklärung o.ä. liegt bei.

¹ Das Programmgebiet „Übergangsregion“ (ÜR) besteht aus den Landkreisen Celle, Cuxhaven, Harburg, Heidekreis, Lüchow-Dannenberg, Lüneburg, Osterholz, Rotenburg (Wümme), Stade, Uelzen und Verden

II.7.2 Finanzierungsplan

Registriernummer der Antragstellerin / des Antragstellers (am Ort der steuerlichen Festsetzung)											
Nation			BL		LK		Gemeinde		Betrieb		
2	7	6	0	3							

	Euro		Prozent
	Euro [ohne USt./GrErwSt]	Euro [mit USt./GrErwSt]	
Gesamthöhe der beantragten Förderung			
Eigenanteil			
• Barmittel			
• Sachleistungen (gem. anliegender Berechnung)			
Beteiligung Dritter			
• öffentliche Beteiligungen			
• private Beteiligungen			
Summe			

	Verteilung auf Haushaltsjahre									
	Euro		Euro		Euro		Euro		Gesamt	
	Euro [ohne USt.]	Euro [mit USt.]	Euro [ohne USt.]	Euro [mit USt.]	Euro [ohne USt.]	Euro [mit USt.]	Euro [ohne USt.]	Euro [mit USt.]	Euro [ohne USt.]	Euro [mit USt.]
Gesamthöhe der beantragten Förderung										
Eigenanteil										
• Eigenmittel (Barmittel)										
• Sachleistungen										
Beteiligung Dritter										
• öffentliche Beteiligungen										
• private Beteiligungen										
Summe										

II.8 Sonstige fachliche Angaben

II.8.1 landwirtschaftliches Produktionspotential

Durch das Vorhaben wird landwirtschaftlichen Produktionspotentials geschützt

ja, Nachweis ist beigefügt (z.B. Karte, Erläuterung) nein

II.8.2 hohe Priorität

Das Vorhaben ist von fachlich hoher Priorität, weil

die Standsicherheit des Küstenschutzbauwerks oder der Schutzdüne nicht ausreichend ist.

Begründung (z.B. Dichtung, Böschungsneigung, Kronenbreite, fehlende Berme etc.):

Fehlhöhen der Hochwasserschutz- bzw. Küstenschutzanlage

- von mehr als 90 cm oder
- von bis zu 90 cm oder
- von bis zu 70 cm oder
- von bis zu 50 cm bestehen.

sonstige Vorhaben zur Verwirklichung des angestrebten Schutzes erforderlich sind.

Vorhaben:

Registriernummer der Antragstellerin / des Antragstellers (am Ort der steuerlichen Festsetzung)										
Nation			BL		LK		Gemeinde		Betrieb	
2	7	6	0	3						

II 8.3 räumliches Gesamtkonzept (nur Hochwasserschutz):

Das Vorhaben ist Bestandteil eines räumlichen Gesamtkonzeptes in Form

- eines Hochwasserschutzkonzeptes
- eines Hochwasserrisikomanagementplans
- eines Hochwasserschutzplans
- eines Rahmenplans
- genereller konzeptioneller Überlegungen zum Hochwasserschutz
-

Datum des Konzepts/Plans etc: ; Az.:

weitere Bemerkungen, Hinweise:

II 8.4 Wird mit dem Vorhaben ein Schutz vor einem HQ100 erzielt? (nur Hochwasserschutz)

- ja nein

II.8.5 Das Vorhaben wird durchgeführt nach dem Entwurf

Datum Entwurf: Name Entwurfsaufsteller:

geprüft am: durch:

II.8.6 Vorhaben mit Grunderwerb

(Grunderwerb mit den zugehörigen Kosten (wie z.B. Grundbucheintragung, Grunderwerbsteuer, Vermessung, Notar) als alleiniger Bestandteil eines Vorhabens ist nicht zulässig.)

Ausgaben für den Grunderwerb: €

Übersteigen die Kosten des Flächenerwerbs 10 % der Gesamtausgaben des Vorhabens ja nein

Die Ausgaben für den Grunderwerb dürfen grundsätzlich 10 % der förderfähigen Gesamtausgaben für das betroffene Vorhaben nicht übersteigen (Art. 69 Abs. 3b Satz 1 VO (EU) Nr. 1303/2013. Eine Ausnahme ist in den Fördermaßnahmen HWS/KüS möglich, sofern das konkrete Vorhaben der Umsetzung von wichtigen Umweltzielen, wie beispielsweise dem Klimaschutz oder insbesondere auch solchen von europäischem Rang (Natura 2000, EG-WRRL etc.) dient.

Begründung:

II.9 Folgekosten (i.d.R. Betrieb und Unterhaltung)

- Folgekosten entstehen nicht
- Folgekosten werden selbst übernommen
- Folgekosten trägt

II.10 Vorliegen notwendiger Genehmigungen/Zustimmungen

Öffentlich-rechtliches Verfahren (sofern erforderlich)

- a. Planfeststellungsverfahren ist abgeschlossen läuft noch bis voraussichtlich:
- b. Plangenehmigung liegt vor ist beantragt am und liegt voraussichtlich vor:
- c. Sonstige (z. B. Wasserbehörde, Denkmalschutz, Naturschutz, Abfallbehörde)
- liegt vor ist beantragt am und liegt voraussichtlich vor:
 - liegt vor ist beantragt am und liegt voraussichtlich vor:

Privatrechtliche Zustimmungen:

- d. Grundeigentümer liegen vor sind beantragt am und liegen voraussichtlich vor:
- e. Sonstige:
- liegen vor sind beantragt am und liegen voraussichtlich vor:
 - liegen vor sind beantragt am und liegen voraussichtlich vor:

Registriernummer der Antragstellerin / des Antragstellers (am Ort der steuerlichen Festsetzung)										
Nation			BL		LK		Gemeinde		Betrieb	
2	7	6	0	3						

II.11 Fortsetzung

- Planung: Es liegen Grundlagenermittlung und Vorplanung (HOAI, Leistungsphasen 1 und 2) und / oder eine Machbarkeitsstudie bzw. Voruntersuchung vor.
- Bau: Es handelt sich um einen weiteren Bauabschnitt eines Vorhabens

Teil III des Antrags

III.1 Erklärungen

Ich erkläre, dass

- mit dem Vorhaben im beantragten Umfang noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird,
- die in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind,
- für die beantragten Vorhaben keinerlei rechtliche Verpflichtungen bzw. bereits vertragliche Vereinbarungen bestehen,
- für die beantragten Vorhaben keine Zahlungen durch Dritte für gleichartige Leistungen gewährt werden,
- die Finanzierung der Folgekosten, z. B. Betrieb und Unterhaltung, gesichert ist und
- ich folgende Merkblätter und Erklärungen erhalten habe:
 - Merkblatt „Interessenkonflikte öffentliche Auftraggeber“
 - Merkblatt zum vorzeitigen Vorhabenbeginn

III.2 Anlagen

- Unterschiedene „Allgemeine Erklärungen der antragstellenden Person“**
- Unterschiedene „Erklärung zur ELER-Förderung der Umsatzsteuer“**
- Bescheinigung eines unabhängigen Dritten zur Vorsteuerabzugsberechtigung**
- Lageplan/ Übersichtskarte (i.d.R. 1:25.000)**
- nur HWS: **Risikogebietskarte mit Lagemarkierung des Vorhabens** (s. II.3)
- Erläuterungsbericht / Anlagen zur Vorhabenbeschreibung** (s. II.4)
- ergänzender Kosten-/Ausgabenplan**
- Unterlagen (Karte, Erläuterung) zum Nachweis des Schutzes von **landwirtschaftlichem Produktionspotential** (s. II.8.1)
- Verzeichnis der betroffenen bzw. zu erwerbenden Flurstücke/Ankaufskulisse** (Größe / Flurstückbezeichnung / Zielfläche o. Tauschfläche / Pacht / ALB-Auszug als Anlage) sowie Wertermittlung durch Nennung des entsprechenden Bodenrichtwertes oder des gutachterlich festgestellten Verkehrswertes)
- Nachweis zum **Stand des Genehmigungsverfahrens**
- nur HWS: **Hochwasserschutzkonzept** bzw. konzeptionelle Überlegungen
- nur HWS: Nachweis hinsichtlich der **Dringlichkeit** des Vorhabens (Nutzen und fachliche Bedeutung)
- nur HWS: Vereinbarung, Absichtserklärung o.ä. zur **Zusammenarbeit mit anderen Kommunen/Verbänden** (s. II.2.1)
- nur HWS: Nachweis über die **Beteiligung** der betroffenen Ober- und Unterlieger (s. Erklärung bei III.1)
- Begründung für vorzeitigen Beginn (s. II.6)
- ggf. Vollmacht(en) (oder sonstiger Nachweise zur Unterschriftsvollmacht)
- Sonstiges:**

Ort, Datum

.....
Rechtsverbindliche Unterschrift